

Anforderungen der IG Metall an die neue Industriestrategie der Bundesregierung

Die Industrie ist der starke Kern der deutschen Wirtschaft und ein entscheidender Faktor für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. In den letzten Jahren hat sich in den großen Krisen (Finanz-, Klima-, Corona- und Energiekrise) und der industriellen Transformation gezeigt, dass es ohne staatliche Intervention nicht möglich ist, die Industrie mit ihren Arbeitsplätzen zukunftsfest aufzustellen. Europa und Deutschland müssen nicht nur bezogen auf ihre Energieversorgung, sondern auch bei Zukunftstechnologien auf Dauer unabhängiger werden. Zweifellos wurde in Deutschland und in Europa in den letzten Jahrzehnten nicht genug getan, um zentrale Technologiefelder der Zukunft (wie z.B. die Halbleiterindustrie, Erneuerbare Energien - Anlagen) zu halten und in neue Industrien (wie z.B. die Batteriezellfertigung) zu investieren. Mit dem Aufstieg Chinas oder auch der Industrieförderung in den USA, wie jüngst im Rahmen des „Inflation Reduction Act“, wird deutlich, wie wichtig ein strategisches industriepolitisches Gegengewicht Europas ist.

Die IG Metall begrüßt es daher, dass die Bundesregierung eine neue Industriestrategie – auch mit Beteiligung der Gewerkschaften - erarbeitet. Denn die Transformation kann nur erfolgreich gelingen, wenn der Umbau von industriellen Strukturen in Betrieben, Regionen und Branchen im Interesse von Beschäftigten gestaltet und diese dabei aktiv beteiligt werden. Die Industriestrategie spielt in diesem Prozess eine entscheidende Rolle: Sie muss den Transformationsprozess durch einen proaktiven Politikansatz in der Verbindung von Industrie-, Energie- und regionaler Strukturpolitik unterstützen.

Ausgehend von den aktuellen industrie- und energiepolitischen Herausforderungen muss aus Sicht der IG Metall die neue Industriestrategie an folgenden Punkten ansetzen:

Wir brauchen dringend mehr und zielgerichtete **Investitionen in Innovationen** unter Berücksichtigung der notwendigen Skalierbarkeit im industriellen Maßstab zur Sicherung nachhaltiger und wettbewerbsfähiger Wertschöpfung. Es geht um die Förderung von Technologien, Zukunftsfeldern, um die Entwicklung von Leitmärkten und industrieller Wertschöpfung. Im Vordergrund stehen: Ausbau der Schienen- und Netzinfrastruktur, Ladeinfrastruktur, E-Mobilität, digitale Technologien, Ausbau erneuerbarer Energien, energetische Gebäudesanierung sowie Dekarbonisierung der Industrie. Deutschland muss im globalen Maßstab technologisch besser sein und dadurch im Verbund mit der EU die eigene Position, das eigene Modell des Industrie- und Wohlfahrtsstaates sichern. Eine Voraussetzung ist, die bürokratischen Verfahren und das europäische Beihilferecht an die Transformationserfordernisse anzupassen. Die im Oster- und Sommerpaket verankerte Verschlinkung der Verfahren wird nicht ausreichen. Das europäische Beihilferecht muss dringend reformiert und europäische Investitionsinitiativen verstetigt werden, damit industriepolitische Maßnahmen und Hilfestellungen proaktiv eingesetzt werden können. Die entsprechenden Signale aus Brüssel müssen jetzt von der Bundesregierung unterstützt und gestärkt werden.



Industriepolitik muss heute mehr denn je **in Wertschöpfungsketten bzw. –systemen denken** und ausgerichtet werden. Die deutsche Industrie hat in der Vergangenheit eine hohe Innovationskraft in der Prozessbeherrschung, in dem effizienten Einsatz von Materialien und in der Entwicklung alternativer Techniken gezeigt. Das gelang ihr, weil sie sich auf ihre Branchenvielfalt stützen konnte. In Deutschland muss auch in Zukunft Stahl produziert, Maschinen bzw. Anlagen gefertigt und eine starke Automobilindustrie erhalten werden. Ohne Stahl ist das nicht möglich. Die industrielle Wertschöpfung erfolgt über verschiedene Branchen hinweg und nicht innerhalb traditionell abgegrenzter Industriesektoren. Aus industriepolitischer Sicht gilt es das Wissen und die Wertschöpfungsketten zu erhalten und zukunftsfest aufzustellen. Eine industriepolitische Sicht über die Branchengrenzen hinweg ist zu stärken. Denn wenn in der Wertschöpfungskette ein Glied in der Kette wegbricht, besteht die Gefahr, dass über Kaskadeneffekte alle anderen bald folgen werden. Dies gilt es zu verhindern.

Industrie- und Energiepolitik müssen wir **zusammen denken**. Die IG Metall fordert einen schnelleren und zügigeren Ausbau der erneuerbaren Energien (Erzeugung, Speicherung und Transport), der Wasserstoffwirtschaft inkl. der dazugehörigen Infrastruktur und der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität. Die **Energie- und Mobilitätswende muss deutlich beschleunigt werden**. Dafür sind konkrete Programme aufzulegen, die den Markthochlauf der Erneuerbaren anhand von konkreten Ausbauzielen unterstützen. Nach wie vor sind deutsche Unternehmen in Schlüsseltechnologien der Energiewende führend. Aufgrund des wettbewerbsrechtlichen Rahmens ist es bisher nicht gelungen, die Energiewende in eine Beschäftigungsoffensive zu übersetzen. So steckt die PV- und Windindustrie in einem ruinösen Unterbietungswettbewerb, Produktionskapazitäten werden in Deutschland abgebaut und außerhalb von Europa aufgebaut. Angesichts der deutlich gewordenen Relevanz von resilienten Wertschöpfungsketten müssen deshalb öffentliche Ausschreibungen und Förderungen an industrielle Wertschöpfung in Deutschland, sowie den Erhalt von Standorten und Beschäftigung gekoppelt werden. Eine erfolgreiche Energiewende ist Grundvoraussetzung zur Dekarbonisierung der Industrie.

Gute Industriepolitik muss mit einer klugen Energiepolitik einhergehen. Wir müssen eine sichere, saubere und günstige Energieproduktion genauso gewährleisten, wie die **Verfügbarkeit von ausreichend Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen**. Dazu müssen die betroffenen Branchen der Produktionsseite der erneuerbaren Energien zuverlässig gefördert und Branchen der Verbrauchsseite der erneuerbaren Energien (grüner Stahl, E-Mobilität, Wärmepumpen etc.) geschützt werden. Neue Energiepartnerschaften (Wasserstoff, auch Rohstoffe für Energiewendetechnologien) müssen mit sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien verbunden werden. Gleichzeitig sind die rasant steigenden Bedarfe von grünem Wasserstoff und grünem Strom abzudecken. Ein Industriestrompreis, der zu langfristiger Planbarkeit führt und im europäischen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist, muss schnellstmöglich eingeführt werden.

Bei öffentlichen Investitionen werden die Risiken bei der Finanzierung und Förderung neuer Technologien vergesellschaftet, die Erträge jedoch privatisiert. Dabei geht es nicht nur um die direkt in Europa und Deutschland geförderten Unternehmen, sondern auch um Fälle, wie Apple und Google, die ebenfalls von den **staatlichen Investitionen** profitieren und gleichzeitig die vielen Möglichkeiten zur Steuervermeidung nutzen. Dies muss sich ändern.



Der Staat muss sicherstellen, dass

1. bei einer erfolgreichen Förderung von Forschung und Investitionen ein Anteil an den erwirtschafteten Gewinnen an den Staat zurückfließen und
2. die geförderten Unternehmen sich verpflichten müssen, einen entsprechenden Anteil ihrer Wertschöpfung in Deutschland zu generieren.

Unternehmen, die Mittel aus den vielfältigen öffentlichen Förderprogrammen erhalten, sollten zudem verpflichtet werden, Beschäftigung zu sichern sowie in die **Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung der Beschäftigten** sowie in bessere Arbeitsbedingungen zu investieren, d.h. die staatliche Förderung muss zwingend mit Beschäftigungs- und privaten Investitionszusagen gekoppelt werden. Ergänzend dazu sollen konkrete Kriterien wie z.B. Tarifbindung, verbindliche Ausbildungsquoten, Nachhaltigkeitskriterien usw. festgelegt werden.

Der Erfolg der Transformation entscheidet sich in den Regionen. Die **regionale Strukturpolitik** muss deshalb reformiert werden und sich stärker an den Transformationserfordernissen in den Regionen ausrichten. Sie darf sich nicht nur auf strukturschwache Regionen konzentrieren, sondern muss auch heute noch starke Regionen im Fokus haben, die mitten im Transformationsprozess stehen. Das strukturpolitische Instrumentarium muss also frühzeitiger und proaktiver den industriellen Strukturwandel mitgestalten.

Der Erfolg der deutschen Industrie basiert auf technologisch hervorragenden Produkten, die von qualifizierten Beschäftigten entwickelt und produziert werden. Die Gleichzeitigkeit von Personalabbau und Fachkräftemangel („Fachkräfteparadox“) und der „Mis-Match“ zwischen vorhandenen und benötigten Kompetenzen bei den Beschäftigten ist aktuell ein großes Problem. Die **Deckung des Fachkräftebedarfs** ist daher auch eine weitere zentrale industriepolitische Herausforderung.

Hier sollte

1. das inländische Potential besser gehoben werden. Jugendlichen mit niedrigem bzw. keinem Schulabschluss muss eine Chance gegeben werden.
2. die Berufstätigkeit von Frauen erhöht werden (bessere Kinderbetreuungsstrukturen, steuerliche Fehlanreize abbauen, Beschäftigungsmöglichkeiten und attraktive Jobs für Frauen schaffen).
3. Betriebe müssen mehr ausbilden, eine Ausbildungsgarantie ist gesetzlich einzuführen.
4. Das Bildungssystem muss insgesamt verbessert werden, so dass deutlich weniger Schüler*innen das deutsche Bildungssystem ohne Abschluss verlassen.
5. Gute Entgelte und Arbeitsbedingungen, Tarifbindung und Mitbestimmung sind Grundvoraussetzungen, damit eine Tätigkeit in der Industrie attraktiv bleibt. Diese Kriterien sind bei öffentlicher Förderung zu berücksichtigen.

Eine neue Industriestrategie ist notwendiger denn je. Sie muss sich an den gesellschafts-politischen Erfordernissen der Zukunft orientieren und industrielle Wertschöpfung auf ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige Ziele ausrichten und den industriepolitischen Rahmen zur Gestaltung der Dekarbonisierung, der Digitalisierung und des demographischen Wandels verbessern. Ein notwendiges Element einer solchen Strategie ist ein aktives und investives Staatsverständnis.